

WIDERSPRUCH

In: Widerspruch Nr. 38 Ökologische Ästhetik (2002), S. 130-133
Autor: *Franco Zotta*
Rezension

Wolfgang Kersting

Theorien der sozialen Gerechtigkeit, Stuttgart/Weimar 2000 (Metzler-Verlag), geb., 412 S., 39.90 EUR.

Wolfgang Kersting (Hg)

Politische Philosophie des Sozialstaats, Weilerswist 2000 (Velbrück Wissenschaft), br., 510 S., 29.50 EUR.

Wolfgang Kersting gehört nicht zu jenen Autoren, denen die Angst vor dem leeren Blatt Papier schlaflose Nächte bereitet. Seit den 80er Jahren lässt der äußerst mitteilungsfreudige, in Kiel lehrende Philosoph kaum ein politisch-philosophisches Thema unkommentiert. Ob zu Rawls oder Hobbes, ob zu Kant, Machiavelli oder Platon, ob zur Gesundheitsreform oder zum Gesellschaftsvertrag – beinahe kein Jahr vergeht ohne eine neue, voluminöse Kersting-Monografie, flankiert von ungezählten Beiträgen in Fachzeitschriften und Tageszeitungen.

Nun also ist's der Sozialstaat, dem Kersting seit längerem in Aufsätzen und in jüngerer Zeit gleich im Doppelpack per voluminöser Studie und von ihm herausgegebenen Sammelband zu Leibe rückt. Bereits zu Beginn gibt dabei der Autor von „Theorien sozialer Gerechtigkeit“ zu verstehen, dass mit dem Erscheinen seines Werkes ein neues Kapitel in der Jahrhunderte währenden Debatte um die normativen Grundlagen des Sozialstaates aufgeschlagen wird.

Denn, so Kerstings Diagnose, bislang sei das Bemühen um eine philosophische Legitimation des Sozialstaats nicht über eine „diffuse, erheblich gefühlslastige ... Gerechtigkeitspräsumtion“ (1) hinaus gekommen, die sich aus der Tradition des egalitären Liberalismus mit seiner Vorliebe für zwangssolidarische, umverteilungsverliebte – kurzum sozialistisch gefärbte – Staatsmodelle speise. Diese zurzeit von US-amerikanischen Autoren wie John Rawls, Ronald Dworkin oder Thomas Nagel vertretene Spielart des Liberalismus aber sei in ihrem Versuch, sozialstaatsbegründende Gerechtigkeits-

theorien zu entwickeln, kaum über „politisch unverbindliche und begrifflich exaltierte Konstruktionsspiele“ (6) hinaus gekommen. Man ahnt früh: wieder mal tut ein „Paradigmenwechsel“ (6) Not, an dessen Ende gegen den laut Kersting hypertrophe Sozialstaatsmodelle gebärenden, egalitären Liberalismus ein von Robert Nozick inspirierter, Kerstingscher „Liberalismus sans phrase“ mit seiner kostengünstigen Vision eines „Minimalsozialstaat(s)“ (7) ins Feld geführt wird.

Kerstings bärbeißige, auf Dauer ermüdende Aversion gegen den auf egalitären Liberalismuskonzepten fussenden bundesrepublikanischen Sozialstaat kennt dabei keine Grenzen. Kaum etwas, was sich dieser nicht vorwerfen lassen muss: Im Stile eines Gefälligkeitsgutachten für die hiesigen Arbeitgeberverbände geißelt der Autor in seinen Sammelbandbeiträgen den Sozialstaat als unaufhörlich expandierende, geldgierige Versorgungsbürokratie, die mit seinem Versorgungsmaximalismus das bürgerliche Lebensethos untergrabe, die Demokratie schwäche und der Marktwirtschaft wie ein Alp auf der Brust sitze. Zudem produziere er ein „geradezu naturwüchsig“ wachsendes Klientel von Leistungsbeziehern, die sich angesichts der üppigen, unaufhörlich wachsenden Leistungsangeboten des Arbeits- und Sozialamts in „einem System umfassender Daseinswattierung“ (15; 58 f.; 248 ff.) häuslich eingerichtet haben.

Bemerkenswert daran ist vor allem, dass Kersting es offensichtlich für verzichtbar hält, auch nur eine seiner Behauptungen empirisch zu belegen. Nun wird aber Falsches nicht dadurch richtiger, dass es aus der Feder eines Philosophieprofessors stammt. Ein wissbegieriger Blick in einige der in dem Sammelband über die „Politische Philosophie des Sozialstaats“ vereinigten Texte hätten daher auch Kersting gut getan. So verweist etwa *Georg Lohmann* zu Recht darauf, dass in von Massenarbeitslosigkeit und Globalisierungsdruck bestimmten nationalen Ökonomien ein ganzes Bündel sozialer und ökonomischer Gründe wirksam wird, die den Sozialstaat in eine schwere Krise gebracht haben, aber gerade nicht einem hypertrophen, institutionalisiertem Egalitarismus entspringen (353). Und auch *Michael Schejczyk* und *Birger P. Priddat* bilanzieren in ihrem sehr lesenswerten Aufsatz, dass die drohende Implosion des Sozialstaats nicht etwa der verwerflichen Neigung der Menschen zu umfassender Daseinswattierung entspringt, sondern sich vor allem dem weltweit zu beobachtenden „Jobless Growth“ bei gleichzeitig rationalisierungsbedingter wegbrechender Beschäftigungsbasis verdankt (464). Der Sozialstaat befindet sich folglich nicht in einer begründungstheoretischen Krise, sondern in einer ökonomischen, die sich wiederum nicht über-

zogenem Anspruchsdenken der Empfänger sozialer Leistungen verdankt, sondern in starkem Maße der offensichtlich schwindenden Fähigkeit marktwirtschaftlicher Ökonomien, genügend Arbeitsplätze zur Verfügung zu stellen. Dass *darüber hinaus* der Sozialstaat z. B. durch Bürokratisierung seines Verwaltungsapparats oder lobbyistischer Klientelinteressen seitens politischer Akteure auch von dieser Seite her Gefahr läuft, sein eigentliches Ziel zu verfehlen, bleibt unbestritten – wobei die ersten Opfer solcher Fehlentwicklungen nicht, wie Kersting fortlaufend behauptet, die Steuerzahler, sondern in der Regel wiederum jene sind, die die Unterstützung des Sozialstaats am dringendsten benötigen. [vgl. dazu im Sammelband den Aufsatz von *Peter Koller*, insb. 151 ff]

Es ist dies der eklatanteste Mangel der Kerstingschen Ausführungen, dass er mit seiner polemischen Kritik des Sozialstaats und dessen vorgeblich „perfekte(r) Versicherung gegen Daseinsrisiken und Lebensunzufriedenheit“ (252) durchgehend einen Popanz bekämpft, der primär den inbrünstig gepflegten Vorurteilen des Autors selbst entspringt.

Diese Neigung, an die Stelle einer gründlichen Analyse realer Strukturzusammenhänge vor allem eigene Konstrukte zu bearbeiten, findet sich auch in Kerstings Auseinandersetzung mit den Repräsentanten des egalitären Liberalismus, die im Zentrum von „Theorien sozialer Gerechtigkeit“ steht.

Ehemals selbst Parteigänger dieses Theorieprogramms (vgl. 6, Anm. 3), unterzieht er nun Rawls & Co. einer Totalkritik aus der Warte des enttäuschten Renegaten und lehnt nun egalitär-liberale Positionen in Gänze und in praktisch jedem noch so kleinen Detail ab. Dies geschieht allzu oft um den Preis der Überzeichnung des zu kritisierenden Gegenstandes: John Rawls, dessen Argumente Kersting schon mal als „grotesk unvernünftig“, „absurd“ und „Unfug“ (122) abtut, mutiert so zum Befürworter gentechnischer Manipulationen im Dienste gleicher Talentverteilung (124 ff.). Thomas Nagel gereicht schon zum Nachteil, dass er die Legitimität des Privateigentums nicht diskutiert und versäumt habe, sich des Themas Erbrecht anzunehmen (298), statt dessen aber dem „alten linken Projekt der Gesellschaftskritik rührende Treue“ (289) halte und seine distributionsfixierten egalitären Gerechtigkeitsvorstellungen unter Ausblendung eherner anthropologischer Gewissheiten über die Natur des Menschen naiv moralphilosophisch zu begründen suche (291 ff.). Ronald Dworkin schließlich muss sich – wie schon Rawls und Nagel – den Vorwurf gefallen lassen, eine sich im Idealistischen verlierende, triviale Egalitätstheorie ohne praxisleitende Qualitäten zu

vertreten, die nichtsdestotrotz wegen ihres dickköpfigen Beharrens auf dem zentralen Primat der Gleichheit totalitaristische Züge aufweist (216 ff., 240). Dass von Kersting verwendete Interpretationsmuster ist dabei immer das gleiche: Nebenschauplätze werden zu zentralen Theoremen erklärt, es dominiert eine konsequent negative, überzogen alarmistische Lesart der kritisierten Autoren unter permanenter Ausblendung vorhandener Zwischentöne sowie eine fortwährende Missachtung methodischer Prinzipien.

Allein Kerstings Auseinandersetzung mit Rawls belegt dies mustergültig: Wieder muss der ebenso alte wie fragwürdige Vorwurf erhalten, Rawls' Urzustand, der darin wirksame Schleier des Unwissens und die daraus resultierenden Gerechtigkeitsgrundsätze seien lebensfern, um eine bewusst methodisch-abstraktes Gedankenexperiment als technokratisch, politikfern und subjektfeindlich zu diskreditieren (74 ff., 110 ff., 137 ff.) Dass Rawls wiederholt ausgeführt hat, seine beiden Gerechtigkeitsgrundsätze der gleichen Freiheit und der sozialen Gerechtigkeit geben zunächst nur das *Formprinzip* ab, innerhalb dessen dann konkrete, politisch mündige Bürger über die Ausgestaltung einer gerechten Gesellschaft streiten müssen, nimmt Kersting konsequent nicht zur Kenntnis.

Bleibt zuletzt noch der kurze Blick auf den vollmundig als Paradigmenwechsel angekündigten Kerstingschen „Liberalismus sans phrase“. Auf nicht einmal fünfzig Seiten entfaltet Kersting dort eine Theorie, die doch immerhin das formulieren will, was Generationen von Philosophen vergebens versucht haben: eine zuverlässige, normative Hintergrundtheorie des Sozialstaats. Das Ergebnis ist mehr als bescheiden: Kerstings Beitrag erschöpft sich in einem nebulösen Plädoyer für einen Staat, der sich der „engagierte(n) Gewährleistung von Chancengleichheit“ (8) verbunden weiß und ein „hinreichend ausdifferenziertes Erziehungs- und Ausbildungssystem“ (372) ebenso für unerlässlich hält wie eine „aktive Arbeitsmarktpolitik“ (398). Ansonsten aber helfe der sich an „den Umrissen der allgemeinen Wertüberzeugungen“ (392) orientierende Staat Gestrauchelten nur „okkasionalistisch und situativ“, weil er sich im Gegensatz zum Staatskonzept des egalitären Liberalismus weigern müsse, „Gleichheit und Ungleichheit zu moralisieren“ (386). Das war's. Konkretes sucht man in dieser Trümmerlandschaft allgemeiner Wertüberzeugungen vergebens – wie aktive Arbeitsmarktpolitik aussieht und was eine differenziertes Ausbildungssystem charakterisiert, bleibt leider das Geheimnis des mit beaucoup de phrase formulierenden Kieler Paradigmenwechslers.

Franco Zotta